

Appell der Kooperation für den Frieden

Nein zum Krieg! Mit der Friedensbewegung auf die Straßen!

Wir verurteilen die militärischen Angriffe und den Einmarsch der russischen Armee in die Ukraine und sind sehr besorgt um alle Menschen dort. Unsere Solidarität gilt den Menschen in der Ukraine und allen Opfern des Krieges. Wir begrüßen die Bereitschaft der Nachbarländer, Menschen, die aus der Ukraine fliehen müssen, aufzunehmen, und bitten die Bundesregierung, ebenfalls die Grenzen offen zu halten.

Wir rufen die russische Regierung auf, sofort alle Angriffe einzustellen und ihre Truppen vom gesamten Gebiet der Ukraine zurückzuziehen. Notwendig sind ein umfassender Waffenstillstand und die Rückkehr zum Völkerrecht.

Wir rufen die Vereinten Nationen, die OSZE, die NATO und alle Regierungen auf, sofort Verhandlungen aufzunehmen bzw. fortzusetzen mit dem Ziel einer gemeinsamen Sicherheit in Europa. Die Gefahren der weiteren Eskalation bedrohen die gesamte Menschheit angesichts der nuklearen Gefahren durch Atomwaffen und Atomkraftwerke.

Politische Reaktionen des Westens müssen das Völkerrecht beachten und dürfen nicht zu Lasten der Zivilbevölkerung gehen. Die Bundesregierung darf keine Waffen in das Krisengebiet liefern.

Wir rufen die Menschen in Lugansk und Donetsk, in der gesamten Ukraine und in Russland auf, sich soweit wie möglich der Kriegsbeteiligung und den Feindbildern zu entziehen.

Es gibt keine militärische, sondern nur eine politische Lösung auf der Basis der Prinzipien der gemeinsamen Sicherheit.

Lasst uns gegen den Krieg, für die Umkehr zu einer Politik der gemeinsamen Sicherheit auf die Straße gehen.

Es gibt keine Alternative zu Dialog und Kooperation – gerade jetzt.

25.02.2022